

Miszelle

Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Jochen Weichold

Die Geschichte der vor einem Dreivierteljahrhundert gegründeten Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) (UdHuK, 1921-1925) gehört zu den fast vergessenen Seiten in der Historiographie der deutschen Arbeiterbewegung. In der Geschichtsschreibung der deutschen Gewerkschaften taucht sie nur hin und wieder als Fußnote auf, und auch der SED-Historiographie zur Arbeiterbewegung paßte sie nicht recht ins Bild. Eine ausführliche Darstellung der Geschichte dieser von der KPD beeinflussten Parallelorganisation zu den freien Gewerkschaften steht nicht zuletzt daher noch aus. Hinzuweisen ist jedoch auf die sehr aufschlußreiche Darstellung über die Entwicklung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands in der Arbeit von Hans Manfred Bock¹ und in der Dissertation von Larry D. Peterson.² Auf das Verhältnis von KPD und Union geht Lore Heer-Kleinert in einer Studie ein.³ In einigen wenigen anderen Arbeiten finden sich lediglich knappe Beiträge bzw. Passagen zur Union der Hand- und Kopfarbeiter.⁴ Der Gründung der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) ging ein komplizierter Differenzierungs-, Umgruppierungs- und Neuformierungsprozeß innerhalb des anarchosyndikalistisch-unionistischen Lagers voraus, das im Frühjahr 1919 vor allem in den Bergbaugebieten Deutschlands aus Protest gegen die Arbeitsgemeinschaftspolitik der Führung der freien Gewerkschaften und der SPD sowie unter dem Einfluß anarchosyndikalistischer Auffassungen, unionistischer Ideen aus der Tradition der amerikanischen Industrial Workers of the World und linksradikaler Stimmungen entstanden war. Am 30.

1 Siehe Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918-1923, Meisenheim am Glan 1969, S.179-187, 367-381.

2 Siehe Larry D. Peterson: The Politics and Work of the KPD in the Labor Unions of Rhineland-Westfalia 1920-1924, Ph.-D.-Diss., Columbia University, New York 1978.

3 Siehe Lore Heer-Kleinert: Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1983, besonders S.199-201.

4 Siehe Sachwörterbuch der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 1, Berlin 1969, S.173, Bd. 2, Berlin 1970, S.669; Eva Cornelia Schöck: Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-28, Frankfurt/M.-New York 1977; Hartmut Rübner: Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands. Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, Berlin-Köln 1994, besonders S.40-42; Jochen Weichold: Zwischen Götterdämmerung und Wiederauferstehung. Linksradikalismus im Wandel, Berlin 1989, S.65-67.

März 1919 wurde auf einer Konferenz der revolutionären Bergarbeiter des gesamten rheinisch-westfälischen Industriegebietes in Essen die Allgemeine Bergarbeiter-Union gegründet. Sie entstand, damals gefördert von der KPD, in Konkurrenz zur Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVDG), die aus der lokalistischen Tradition kam.⁵ Die Allgemeine Bergarbeiter-Union führte vom 1. bis 28. April 1919 einen Generalstreik im Ruhrgebiet durch. Die in diesem Streik erlittene Niederlage hatte eine erhebliche Schwächung der Organisation zur Folge. Am 15./16. September 1919 beteiligte sie sich an der Gründung der rheinisch-westfälischen Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten) in Düsseldorf. Von den dort anwesenden 105 Delegierten entfielen 46 auf die FVDG und 14 auf die Allgemeine Bergarbeiter-Union.

Trotz der Beteiligung an der Gründung der rheinisch-westfälischen Freien Arbeiter-Union (Syndikalisten) integrierte sich die Allgemeine Bergarbeiter-Union nicht in die syndikalistische Richtung und führte, um das auch äußerlich sichtbar zu machen, zu Freie Arbeiter-Union (FAU) den Zusatz „Gelsenkirchener Richtung“. Hans Manfred Bock schreibt in diesem Zusammenhang: „Einige Monate lang herrschte in der ehemaligen ‚Allgemeinen Bergarbeiter-Union‘ ein unentwirrbares Durcheinander von unionistischen Ideen (Betriebsorganisation, Einheitsorganisation) und syndikalistischer Propaganda.“⁶ Erst mit der Zeit löste sich dieses Durcheinander, die Anarchosyndikalisten behielten die Oberhand, und zeitweise schien eine Vereinigung aller anarchosyndikalistischen Kräfte in der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (FAUD) möglich.

Die Differenzen zwischen den verschiedenen anarchosyndikalistischen Kräften bestanden jedoch fort, und mit einem eigenen Reichskongreß, der vom 31. Oktober bis zum 2. November 1920 stattfand und auf dem sich ihr die Bergarbeiter-Unionen Mitteldeutschlands und Oberschlesiens anschlossen, vollzog die FAU Gelsenkirchener Richtung einen äußeren Trennungsstrich zur FAUD. Die neu gegründete Organisation zählte nach eigenen Angaben 115.000 Mitglieder, davon etwa 90.000 im Ruhrgebiet. Nach den schweren Streikkämpfen von 1919 und 1920 erlangte die FAU im Ruhrgebiet, obwohl ihr die Tarifhoheit verweigert worden war, zunehmenden Einfluß auf der Ebene der Betriebe. Von ihm zeugten die Resultate der Betriebsrätewahlen vom April 1920, bei denen die FAU mehr als ein Drittel der Mandate erlangen konnte. Bei den Betriebsrätewahlen 1921 im Ruhrgebiet erhielten die Unionisten 91.297 Stimmen (= 26,0 %).⁷

Vom 4. bis 9. September 1921 fand dann in Halle (Saale) der Vereinigungskongreß der FAU Gelsenkirchener Richtung, des 1919 entstandenen Freien Landarbeiter-

5 Siehe zu den LokalistInnen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland und zur FVDG Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* (1969), S.23f.; Dieter Fricke: *Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869 bis 1917* in zwei Bänden, Bd. 2, Berlin 1987, S.1010-1021.

6 Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus* (1969), S.180.

7 Siehe Hans Mommsen: *Soziale Kämpfe im Ruhrbergbau nach der Jahrhundertwende*, in: Hans Mommsen/Ulrich Borsdorf (Hrsg.): *Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisationen in Deutschland*, Köln 1979, S.261; Martin Martiny: *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920-1930)*, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.): *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*, Wuppertal 1974, S.252f.

Verbandes und des 1919 geschaffenen Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) statt, nachdem die drei Organisationen bereits im Mai 1921 ein Kartell selbständiger Verbände gebildet hatten. Nach Angaben der Roten Gewerkschafts-Internationale (RGI) hatte die neue Union über 150.000 Mitglieder. Dabei brachten der Verband der Hand- und Kopfarbeiter lediglich 6.231 Mitglieder und der Freie Landarbeiter-Verband rund 27.500 Mitglieder in die neue Organisation ein.⁸

Die organisatorischen Veränderungen waren von langwierigen Diskussionen begleitet, in denen marxistisch orientierte mit anarchosyndikalistischen Kräften um den Einfluß in der Organisation rangen. Ab Juni 1920 begannen sich schrittweise, marxistische Positionen durchzusetzen, und ähnlich wie in einigen anderen Ländern vollzog sich ein Transformationsprozeß von einer mehr oder weniger anarchosyndikalistischen Organisation zu einer mit der KPD verbundenen Gewerkschaft. „In unzähligen öffentlichen Versammlungen wurde der syndikalistische Geist gebrandmarkt und eine marxistische Grundlage in der Organisation geschaffen.“⁹ Differenzen mit der Gewerkschaftspolitik der KPD blieben jedoch bestehen und führten dazu, daß im Frühsommer 1921 führende Vertreter der FAU Gelsenkirchener Richtung aus der KPD austraten,¹⁰ sich ihr allerdings später zumeist wieder anschlossen.

Auf dem Gründungskongreß der RGI 1921 gehörten die Delegierten der FAU und anderer Arbeiterunionen zu jenen, die anarchosyndikalistische Positionen durchzusetzen suchten und für die Losung „Heraus aus den [alten] Gewerkschaften“ und für den Gedanken der „Zertrümmerung der Gewerkschaften“ eintraten. Auf dem Vereinigungskongreß zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) im September 1921 empfahl der FAU-Führer Arthur Bartels den Delegierten, die Beschlüsse der RGI anzuerkennen, jedoch „nicht weil wir unseren bisherigen Standpunkt für falsch halten“, sondern „weil wir im Interesse der Einigkeit es für notwendig halten“.¹¹

Vom unionistischen Geist waren auch die Beschlüsse des Vereinigungskongresses zur Organisationsstruktur geprägt. Die Union verstand sich als „Einheitsorganisation“, die sich nach dem Räteystem aufbaute und den „Zusammenschluss aller Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied der Berufe“ erstrebte. Entsprechend der Satzung der Union vom September 1921 waren die Betriebsorganisationen bzw. Zahlstellen die untersten Gliederungen der Organisation. Sie vereinigten sich zu Ortsgruppen, diese wieder zu Unterbezirken und letztere zu Wirtschaftsbezirken. Die Organisation untergliederte sich außerdem in Industriegruppen (Bergbau; Metall). Der Reichswirtschaftsrat (RWR) war das höchste Gremium der Union zwischen den ordentlichen Reichskongressen, die alljährlich stattfinden sollten. Er wurde vom

8 Siehe Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin. Zentrales Parteiarchiv (SAPMO-BArch), I 2/708/87.

9 Warum hat sich die Freie Arbeiterunion Gelsenkirchen der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen? In: Die rote Gewerkschafts-Internationale (Berlin), 1921, Nr. 7, S.47.

10 Siehe SAPMO-BArch, I 2/708/85, Bl. 132/133.

11 Ebenda, I 2/708/87, Bl. 44/45.

Reichskongreß gewählt und war diesem verantwortlich. Die Leitung des RWR, in den jeder Wirtschaftsbezirk je einen Delegierten der Industriegruppen entsenden sollte, setzte sich aus zwei Vorsitzenden mit gleichen Rechten, einem Schriftführer und zwei Beisitzern zusammen. Dem Reichskongreß und dem RWR untergeordnet und für ihre Tätigkeit verantwortlich war die Reichszentrale, die aus je einem Vertreter jeder selbständigen Industriegruppe bestand. Sitz der Zentrale war Berlin, später Essen.¹² Ab Juni 1924 hatten die Industriegruppe Bergbau und die Industriegruppe Metall, der auch die übrigen Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands angegliedert wurden, im nur noch lockeren Rahmen der Gesamtorganisation selbständige Leitungen, die in der Folgezeit mehr oder weniger unabhängig voneinander arbeiteten.

Zentrales Organ der Union war von 1921 bis 1924 die Zeitung „Union. Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)“, die 1921 eine Auflage von 126.000 Exemplaren hatte. Sie erschien für das Ruhrgebiet zuerst in Gelsenkirchen, ab März 1922 in Essen, später in Bochum, für das mitteldeutsche Industriegebiet in Halle und für Schlesien in Gleiwitz. Lokale bzw. regionale Gliederungen der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands gaben darüber hinaus eigene Presseorgane heraus.

Ihren größten Einfluß hatte die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands unter den Bergarbeitern und den Metallarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (hier nicht zuletzt unter Arbeitsimmigranten und Ungelernten),¹³ in Schlesien, in Mitteldeutschland und im Berliner Raum. Von den 130.000 Mitgliedern der Freien Arbeiter-Union (FAU) Gelsenkirchener Richtung, der wichtigsten Vorläuferorganisation der Union, waren Anfang 1921 ca. 115.000 Bergarbeiter.¹⁴ Noch im März 1925, als sich die Union bereits im Niedergang befand, erhielt sie bei den Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet mehr als ein Drittel der gültigen Stimmen.¹⁵

Die zahlenmäßige Entwicklung der Organisation, zu der unterschiedliche Angaben vorliegen, verlief in den wenigen Jahren ihres Bestehens etwa wie folgt:¹⁶

September 1921	ca. 150.000 Mitglieder
1922	162.000 Mitglieder
September 1923	ca. 150.000 Mitglieder ¹⁷

12 Siehe ebenda, I 2/708/87.

13 Siehe Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, (1993), S.484.

14 Siehe Warum hat sich die Freie Arbeiterunion Gelsenkirchen der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen?, S.48.

15 Siehe Bericht der Bezirksleitung der KPD Bezirk Ruhrgebiet über die Arbeit der Organisation vom 1. März 1924 bis 31. Mai 1925, Berlin (1925), S.11.

16 Siehe Bericht des Vollzugsbureaus der Roten Gewerkschafts-Internationale. An den zweiten Kongreß der revolutionären Gewerkschaften in Moskau, 25. November 1922, Berlin o. J. (1922), S.103; Bundesarchiv Berlin, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, 15.07 St 12/39, Bd. 2, Bl. 4; SAPMO-BArch, I 2/708/88; Bericht des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale. An den dritten Kongreß der R.G.I. in Moskau am 5. Juli 1924, Berlin 1924, S.184f.; Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, (1969), S.185.

Mitte 1924	80.000 bis 100.000 Mitglieder
Anfang 1925	ca. 20.000 Mitglieder

Die Delegierten des Gründungskongresses der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) verabschiedeten ein Statut, in dem festgestellt wurde, daß die neue Organisation rückhaltlos auf dem Boden des Klassenkampfes stehe und jede Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum ablehne. Ihr Endziel sei die Beseitigung des Kapitalismus und die Errichtung einer „sozialistisch-kommunistischen Bedarfswirtschaft“. Die Union kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um das volle Mitbestimmungs- und Kontrollrecht innerhalb des gesamten Arbeits- und Produktionsprozesses und um die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß.¹⁷ Auf dem Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) vom 1. bis 5. Oktober 1922 in Essen sahen die mehr als 200 Delegierten ihre nächsten und dringenden Aufgaben unter anderem im Kampf für die Erhöhung der Reallöhne und gegen die Teuerung, im Eintreten gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und für die Einführung des 6- bzw. 7-Stunden-Tages, im Kampf für die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte und in der „Förderung der Betriebsrätebewegung im Interesse der sozialen Revolution“.¹⁸

Kurze Zeit nach dem Vereinigungskongreß zur Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands im September 1921 schloß sich die Gewerkschaft der RGI an. Die Durchsetzung der politischen Linie der RGI und damit letztendlich derjenigen der kommunistischen Partei in der Organisation war jedoch mit heftigen und langwierigen Auseinandersetzungen mit starken syndikalistischen Bestrebungen und einem „ultralinken“ Gewerkschaftsradikalismus verbunden, die sich immer wieder neu aus dem Protest gegen die reformistische Politik der ADGB-Führung, deren Praxis des Ausschlusses von militanten Gewerkschaftern und aus einer allgemeinen „Anti-Bonzen-Stimmung“ speisten. Besonders dann, wenn dieser Radikalismus neue Nahrung erhielt, verschärfen sich die Spannungen zwischen der KPD-Führung sowie der Union und ihrer Führung¹⁹. Zu dieser gehörten Arthur Bartels, Arthur Burkert, Heinrich Görke, Arthur Hammer (1884-1942), Anton Jadasch (1888-1964),²¹ Paul Letsch (1893-1954),²² Max Müller (1899-1977), Johann Prante, Alfred

17 Das Führungsmittglied der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Paul Letsch, gab 1950 in seinem Lebenslauf eine Gesamtmitgliederzahl der Union von 365.000 an (SAPMO-BArch, IV/11/V 270, Bl. 1), die – verglichen mit zeitgenössischen Angaben – stark überhöht erscheint.

18 Siehe Union. Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), (Gelsenkirchen), 1921, Nr. 36, S.1; Paul Haase: Die Arbeiterunionen III, in: Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Berlin), 1922, Nr. 42, S.590-592.

19 Siehe Der Syndikalist (Berlin), 1922, Nr. 42, S.2.

20 Nur von einigen der genannten Führungskräfte ließen sich nähere Angaben zu ihrer Biographie ermitteln.

21 Anton Jadasch war 1922 Gewerkschaftssekretär der UdHuK. Er wurde im Juni 1924 erneut in den Vorstand der UdHuK gewählt und vollzog 1925 gemeinsam mit Gustav Sobottka die Auflösung der Union und die Überführung der Gruppe Bergbau in den Freien Bergarbeiterverband. Nach dem zweiten Weltkrieg war Jadasch ab April 1946 im Auftrag des SED-Parteivorstandes Mitbegründer der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, die er als Generalsekretär von 1947 bis 1949 leitete. Siehe Hermann

Schröer (1895-1970), Hubert Serve (auch: Serwe geschrieben, 1898-1966), Gustav Sobottka (1886-1953),²³ Hermann Vogenbeck, August Vollmar, Heinrich Vollmar, Paul Weyer (1887-1943),²⁴ Josef Witt und Wilhelm Zaisser (1893-1958)²⁵.

Weber/Andreas Herbst (Hrsg.): Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, Berlin 2003, S.337f.

22 Paul Letsch war 1920/21 Sekretär des Mitteleuropäischen Büros der Kommunistischen Internationale; an der Wende zu den 20er Jahren einer der Führer des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter und ab 1921 der UdHuK, nach eigenen Angaben zeitweise einer der beiden Vorsitzenden der Union. Nach dem zweiten Weltkrieg war Letsch 1946/47 Erster Bürgermeister in Berlin-Mitte, ab 1947 Geschäftsführer verschiedener Verlage und zuletzt Leiter des Verlages Das Neue Berlin. Siehe SAPMO-BArch, I 2/708/86-88, IV 2/2.1/189, Bl. 4 und IV 2/11/V 270; Bundesarchiv Berlin, Reichssicherheitshauptamt, Abteilung IV, St 3/232, Bl. 152; Neues Deutschland (Berlin) vom 15.10.1954 und 17.10.1954.

23 Gustav Sobottka gehörte zu den Mitbegründern der UdHuK und war bis 1925 Leiter der Industriegruppe Bergbau der UdHuK. Er vollzog 1925 gemeinsam mit Anton Jadasch die Auflösung der Union und die Überführung der Gruppe Bergbau in den Freien Bergarbeiterverband. Faktisch parallel dazu war Sobottka von 1921 bis 1928 Leiter der Industriegruppe Bergbau in der Gewerkschaftsabteilung der Zentrale bzw. des ZK der KPD. 1928-1935 wirkte er als Leiter (Generalsekretär) des Internationalen Komitees der Bergarbeiter, 1935-1938 als Leiter des Sekretariats für internationale Verbindung der Bergarbeiter-Gewerkschaften bei der RGI, später beim Zentralrat der sowjetischen Gewerkschaften. Nach dem zweiten Weltkrieg war Sobottka 1945 Landessekretär der KPD Mecklenburg, 1945-1947 Vizepräsident und 1947/48 Präsident der Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, 1948-1951 Leiter der Hauptverwaltung Kohle zunächst bei der Deutschen Wirtschaftskommission und seit 1949 im Ministerium für Schwerindustrie der DDR. Personalunterlagen, Nachlaß und Erinnerungsbericht befinden sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, IV 2/11/V 412, NL 8 bzw. EA 1119). Zur Biographie siehe SAPMO-BArch, I 2/708/21, 88 und 89; Bundesarchiv Berlin, Reichssicherheitshauptamt, Abteilung IV, St 3/230, Bl. 241, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, 15.07 St 12/39, Bd.1, Bl. 275; Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Frankfurt/M. 1969, Bd. 2, S.308; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, Berlin 1970, S.434f.; Helga Albert: Gustav Sobottka. Lebensbild eines Kommunisten, Bergarbeiters und Staatsfunktionärs, phil. Diss., Berlin 1977; Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S.201; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. I: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München 1980, S.707; Helmut Müller-Enbergs/Jan Wielgohs/Dieter Hoffmann (Hrsg.): Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2000, S.803f.; Weber/Herbst (Hrsg.), Deutsche Kommunisten, S.745-747.

24 Paul Weyer war in der ersten Hälfte der 20er Jahre Leiter des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg der UdHuK, dann bis 1929 des ultralinken Deutschen Industrie-Verbandes (DIV). Er wurde 1924 wegen „parteischildigenden Verhaltens“ aus der KPD ausgeschlossen. 1929 beantragte er die Wiederaufnahme in den Deutschen Metallarbeiter-Verband und in die SPD und soll in der Folge bis 1933 verschiedene Gewerkschaftsfunktionen innegehabt haben. Siehe SAPMO-BArch, I 2/708/21 und I 2/708/88 sowie im Bestand des ehemaligen Zentralarchivs des FDGB den Nachlaß [Max] Ulrich, Nr. 31 (SAPMO-BArch, NL 54); Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund). Abgehalten in Berlin vom 4. bis 7. Dezember 1920, Berlin 1921, S.273; Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin (1923), S.445; Weber, Wandlung, Bd. 2, S.341f.; Rüdiger Zimmermann: Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1978, S.133; Weber/Herbst (Hrsg.), Deutsche Kommunisten, S.863f.

25 Wilhelm Zaisser war ab April 1922 Mitglied der Reichsleitung der UdHuK und Hauptkassierer der UdHuK. Nach dem zweiten Weltkrieg wirkte er von 1948 bis 1950 als Innenminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Sachsen und von 1950 bis 1953 als Minister für Staatssicherheit der DDR. 1953/54 wurde Zaisser wegen angeblicher „partei-feindlicher fraktioneller Tätigkeit“ aus dem Politbüro, aus dem ZK und schließlich aus der SED ausgeschlossen. Der Nachlaß

Das Eigeninteresse an Erhalt und Stärkung der Union (insbesondere durch Aufnahme der aus den ADGB-Verbänden Ausgeschlossenen und durch Herausziehen der revolutionär gesinnten Kräfte aus den freien Gewerkschaften) kollidierte – ungeachtet syndikalistischer und antigewerkschaftlicher Tendenzen in der KPD und ihrer Führung selbst²⁶ – mit der seit Herbst 1919 offiziell von der KPD propagierten Linie der „Revolutionierung der [alten] Gewerkschaften“ und der Bestrebungen zur Überwindung der organisatorischen Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Ausgehend von der Idee der „Einheitsorganisation“ erkannten führende Funktionäre der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands – obwohl Mitglieder der KPD – die Beschlüsse der KPD in der Gewerkschaftsfrage nicht an.²⁷ Für die realistischeren Kräfte in der KPD dagegen war die Union zumeist ein ungeliebtes Kind, das der angestrebten „Revolutionierung“ der freien Gewerkschaften im Wege stand.²⁸

Auf dem 2. Kongreß der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) im Oktober 1922 wurden die Frage, ob die Union eine Universalorganisation sein solle, die nicht nur den wirtschaftlichen, sondern auch den politischen Kampf zu führen habe, das Verhältnis der Union zu den freien Gewerkschaften und zu deren Aktionen sowie die Frage des organisatorischen Aufbaus der Union offenbar erneut heftig debattiert.²⁹ Die einstimmig angenommene Resolution stellte einen Kompromiß dar, der weitere Auseinandersetzungen programmierte: „Zwischen der Kommunistischen Partei und den revolutionären Gewerkschaften sowie der revolutionären Opposition innerhalb der reformistischen Gewerkschaften besteht das Verhältnis einer engen Arbeits- und Kampf-gemeinschaft“, hieß es. Die Union „verpflichtet sich, jede Arbeit dieser Opposition zur Revolutionierung der Gewerkschaften mit allen Kräften zu unterstützen. Sie wird im Einvernehmen mit der Partei alles tun, um die revolutionären Elemente in den Gewerkschaften zu halten.“ Aber: „Umgekehrt muss die KPD ein Interesse daran haben, dass die Union in ihrer Entwicklung revolutionär erstarke und die vor ihr stehenden Aufgaben mit Unterstützung der Partei im Interesse der gesamten revolutionären Bewegung erfolgreich löst.“³⁰ Um diese beiden zentralen Fragen ging es im Prinzip auch in den folgenden Jahren immer wieder in den endlosen Diskussionen zwischen KPD und Union.

befindet sich in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch, NL 277). Zur Biographie siehe SAPMO-BArch, I 2/708/87; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Biographisches Lexikon, S.495f.; Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration, S.842; Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992, S.503f.; Wilfriede Otto/Gerhard Lauter: Wilhelm Zaisser: Zwischen Parteibefehl und Bannbulle, in: DISPUT, 1993, H. 12, S.12-15; Wilfriede Otto: Zwischen Parteibefehl und Bannbulle, in: Neues Deutschland (Berlin) vom 19./20.6.1993; Weber/Herbst (Hrsg.), Deutsche Kommunisten, S.891f.

26 Siehe Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, Frankfurt/M. 1969, S.69f.; Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S.209f.

27 Siehe SAPMO-BArch, IV 2/11/V 412, Bl. 19.

28 Siehe Heer-Kleinert, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, S.199.

29 Siehe Internationale Presse-Korrespondenz (Berlin), 1922, Nr. 198, S.1329f.

30 Zit. nach: Der Syndikalist, 1922, Nr. 42, S.2.

Als Ende 1923 in Walsum eine Funktionärskonferenz der Union beschlossen hatte, die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) aufzulösen und einen „Industrieverband für Berg und Hütte Deutschlands“ zu gründen, konstatierte die „Kölnische Zeitung“ Anfang 1924, daß seit Bestehen der Union unter der Oberfläche eine Krise geschwelt hatte: In der Union bekämpften sich die eigentlichen Unionisten, die gegenüber der kommunistischen Partei freie Hand behalten wollten, die Kommunisten, die Syndikalisten und die Anarchisten.³¹

Die Auseinandersetzungen mit anarchosyndikalistischen und anarchistischen Auffassungen einiger Führer der Union und ihrer Anhänger, die auf dem Standpunkt der Zerstörung der bestehenden „reformistischen Gewerkschaften“ beharrten, Anfang März 1924 in Essen einen eigenen Reichskongreß durchführten und zugleich der KPD-Führung vorwarfen, die Union liquidieren zu wollen, führten schließlich im Verlauf des Jahres 1924 zum Ausschluß dieser Kräfte. Die ausgeschlossene Minorität der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands um Paul Weyer bildete Ende 1924 den Deutschen Industrie-Verband (DIV), der jedoch bedeutungslos blieb.

Entsprechend dem Beschluß des III. Kongresses der RGI vom Juli 1924 und dem Beschluß des Berliner Parteitagés der KPD vom Juli 1925 über die Verschmelzung aller Sonderorganisationen mit den entsprechenden Verbänden des ADGB löste sich die Union, durch die Auswirkungen der beginnenden wirtschaftlichen Stabilisierung in Deutschland sowie durch politische und persönliche Streitigkeiten ohnehin geschwächt,³² bis zum Herbst 1925 im wesentlichen auf.³³ Ein Teil der Mitglieder schloß sich in den folgenden Monaten den Ortsgruppen des ADGB an.³⁴ Damit ging ein eigenwilliges Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu Ende.

31 Eine neue kommunistische Organisation. Auflösung der Union, in: Kölnische Zeitung vom 4.1.1924. Abschrift in: SAPMO-BArch, I 2/708/88, Bl. 53.

32 Siehe SAPMO-BArch, I 2/708/88.

33 Bereits am 17. Juli 1924 hatte eine Reichskonferenz der kommunistischen Parteifunktionäre und der Vertreter der selbständigen Verbände (darunter auch der Union) mit 370 gegen eine Stimme beschlossen, die Losung „Hinein in die Gewerkschaften!“ zu verwirklichen, und gegen eine Minderheit den Beschluß gefaßt, die selbständigen Verbände wieder in die freien Gewerkschaften zu überführen. Siehe Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus, Bd. 1, S.98.

34 Nach einem Polizeibericht aus Gelsenkirchen vom 11.11.1925 betrug die Zahl der erfolgten Übertritte zum ADGB im gesamten Ruhrgebiet rund 3.800, für Mitteldeutschland und Schlesien hingegen nur einige hundert. Siehe Bundesarchiv Berlin, Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung, 15.07 St 12/39, Bd. 2, Bl. 55. Eine große Anzahl von Mitgliedern der Union, die mit ihrer Beitragszahlung nicht auf dem laufenden waren, konnte sich nur als neue Mitglieder in die Verbände des ADGB aufnehmen lassen. Siehe SAPMO-BArch, I 3/18-19/1, Bl. 50. – Reste der Union existierten noch 1929. Siehe SAPMO-BArch, I 2/708/89.